

G8 STOPPEN –

KAPITALISMUS ABSCHAFFEN

Die Gruppe der Acht (G8) sind die Staats- und Regierungschefs der mächtigsten kapitalistischen Staaten: USA, Großbritannien, Japan, Italien, Deutschland, Frankreich, Kanada und Russland. Sie bestreiten fast die Hälfte des Welthandels und 60 Prozent aller Militärausgaben der Welt.

Wer sie sind und was sie sich anmaßen

Sie haben als größte Beitragszahler den größten Einfluss in den internationalen Organisationen wie Weltbank und IWF (Internationaler Währungsfonds). Sie stellen mit USA, Großbritannien, Frankreich und Russland vier von fünf ständigen Mitgliedern im Weltsicherheitsrat der UNO.

Sie treffen sich alljährlich im Sommer in einem ihrer Länder. Es ist das so genannte G8-Gipfeltreffen. Vom 15. bis 17. Juli 2006 findet es in Sankt Petersburg (Russland) statt, im nächsten Jahr werden sie in Heiligendamm an der Ostsee ihre Pläne zur Beherrschung der Welt beraten.

Die Weltpresse huldigt und begleitet dieses Ereignis mit dem Ziel populäre Versprechungen, die jedes Jahr von den acht reichsten Staaten gemacht werden, unter die Leute zu bringen; die tatsächlichen Vorhaben aber zu verschleiern. Was auf den Gipfeln wirklich passiert, ist die Koordinierung ihrer Kriegsstrategien, ihrer ökonomischen Pläne zur Sicherung ihres eigenen Wohlstandes und ihrer gemeinsamen Entwicklung von Techniken zur Erfassung und Kontrolle der gesamten Weltbevölkerung. Diese Treffen sind notwendig, denn sie können den weltweiten Widerstand gegen ihr imperialistisches Raubsystem und die Katastrophen, die dieses hervorruft, nur gemeinsam in Schach halten.

Die kapitalistische Weltpresse hat die Aufgabe den Menschen weiß zu machen, dass es bei diesen Treffen um die Lösung der Probleme der Welt geht.

Diese Gipfeltreffen sind nur der sichtbare Teil eines Prozesses, der darauf hinausläuft, ein informelles – von keinem Menschen gewähltes – Gremium zu schaffen, welches die Welt nach den Maßstäben und Interessen der kapitalistischen Mächte regiert.

Alle wichtigen ökonomischen, sicherheitspolitischen und militärischen Initiativen werden im Kreise von G8-Experten diskutiert und vorentschieden, bevor sie in anderen nationalen und multilateralen Foren und Organisationen auf die Agenda kommen und durchgesetzt werden.

Entwicklung der Gruppe der Acht

Auf Initiative von Helmut Schmidt (BRD) und Giscard d'Estaing (Frankreich) trafen sich 1975 zum ersten Mal die sechs Staatschefs der reichsten kapitalistischen Industrieländer. 1976 kam auch Kanada hinzu. Vor dem Hintergrund der „Ölkrise“ und dem Aufbegehren der „Dritten Welt“ sollten

Strategien gefunden werden zur gemeinsamen Konjunktursteuerung und zur gemeinsamen Abwehr der Forderung der „Dritten Welt“ nach einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung.

Die G7-Staaten waren Hauptverbündete im Kalten Krieg gegen das sozialistische Lager und machten die Gipfeltreffen zu einem Forum für ihre militärische Sicherheitspolitik.

Sie entwickelten sich in den 80er und 90er Jahren zum mächtigsten Zentrum, von dem aus das Rollback des reichen Nordens gegenüber dem armen Süden organisiert wurde. Der Süden forderte mit der Unterstützung des sozialistischen Lagers eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung.

In der Realität aber beschleunigte sich das Wachstum von Armut, Elend, Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung, die Migration von den ausgeplünderten in die reichen Länder verstärkte sich. Ein globales ökologisches und soziales Desaster wurde von Jahr zu Jahr unkontrollierbarer und die Menschen identifizierten diese katastrophale Entwicklung mit den weltweiten Profitstrukturen der internationalen Konzerne und internationalen Institutionen, welche die ärmeren Länder aussaugen.

Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers proklamierte die USA die „Neue Weltordnung“. Die weiteren Gipfel befassten sich im Wesentlichen mit der imperialistischen



Das etwas andere Stop-Schild

Dem Druck weltweiter Solidarität mit den arm gehaltenen Ländern setzten die G7 eine brutale neoliberale Offensive entgegen. Die armen Länder bekamen vom IWF Kredite, um ihre Schulden zahlen zu können, mussten dafür aber ihre Volkswirtschaften den Erfordernissen des kapitalistischen Weltmarkts anpassen und für die Bedürfnisse der reichen Länder produzieren. Ihren eh schon verarmten Bevölkerungen wurden noch schwerere soziale und wirtschaftliche Lasten aufgebürdet. Auf jedem Gipfel in den 80er und 90er Jahren wurde die „Schuldenstrategie“ thematisiert und den Menschen eingeredet, man besaße sich verantwortlich mit der Armut in der „Dritten Welt“.

Aufteilung, Ausbeutung und Integration der ehemaligen Ostblockstaaten und mit der neoliberalen, militärischen Durchsetzung der „Neuen Weltordnung“. Seit 1998 ist Russland dazugekommen und die G7 wurden zu G8.

Die kapitalistischen Staaten, vertreten durch die acht Mächtigsten, machen vor keinem Verbrechen halt, wenn es um die Sicherung ihrer Macht geht. Ihre Mittel sind ökonomische Erpressung, kulturelle und ideologische Aggression, Kriege, Besatzung, Folter, Repression.

Fast 1/6 der Menschheit hungert. 30 Millionen Menschen verhungern jährlich. 82 Tausend Menschen täglich. Über 826 Millionen Menschen leiden an dauernder schwerer Unterernährung. Mit den heute schon vorhandenen Nahrungsmitteln könnten alle Menschen ausreichend versorgt werden.



Nach einer Demonstration zur Hauptzentrale der IOM (International Organization for Migration) in Genf während des G8-Gipfels in Evian 2003



G8 BEDEUTET

KRIEG UND BESATZUNG

Seit dem 11. September 2001 stehen der „Krieg gegen den Terrorismus“, die „Sicherheitspolitik“ und die Vorbereitung immer neuer Kriege und Besatzungsoperationen im Zentrum aller G8-Gipfel.

Afghanistan, Irak, Iran ...

Neben den jährlichen Treffen der Staats- und Regierungschefs dienen die Minister- und Expertentreffen dazu, diese Politik zwischen den Gipfeln zu koordinieren. Aktuell bereiten die G8 einen Militärschlag und Sanktionen gegen den Iran vor. Die von den USA geführte „Koalition der Willigen“ führte den Krieg gegen die Taliban-Herrschaft in Afghanistan und gegen das Regime von Saddam Hussein im Irak.

Beide reaktionären Regime waren ursprünglich von den USA und ihren Alliierten im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion und gegen andere Regionalmächte wie den Iran militärisch und politisch aufgerüstet worden. Erst als sie als Verbündete nicht mehr gebraucht wurden, „entdeckten“ die führenden

so seine eigenen wirtschaftlichen und geo-strategischen Ziele in Zentralasien und im Kaukasus durchzusetzen. Die wesentlich größere konkurrierende Macht formiert sich jedoch mit der EU unter deutsch-französischer Führung.

Die EU macht nicht nur bei der US-Politik offen oder versteckt mit (zum Beispiel indem Flughäfen zur Verfügung gestellt werden), sie verfolgt immer offensiver auch eigene imperialistische Interessen – im Nahen Osten, in Afghanistan oder jetzt auch im Kongo. Dort interveniert sie unter deutsch-französischer Führung als UN-Mandatsmacht im Kongo.

Als Teil der G8 und drittgrößte Wirtschaftsmacht der Welt baut die BRD (teilweise über die Nato, verstärkt über die EU) ihre militärischen Kapazitäten aus. Das geht auch aus dem neuen Weißbuch

der Bundeswehr hervor. Die „Welt“ zitiert Verteidigungsminister Jung: „Vorrangige Interessen seien die Förderung der transatlantischen Stabilität und die Sicherung des Wohlstandes durch freien und ungehinderten Welthandel.“ Und weiter: „Hierbei gilt es wegen der Export- und Rohstoffabhängigkeit Deutschlands, sich besonders den Regionen, in denen kritische Rohstoffe und Energieträger gefördert werden, zuzuwenden.“

Kriegstreiber gleich Kriegsgewinner

Die G8-Staaten sind nicht nur die größten Kriegstreiber. Sie sind auch die größten Kriegsgewinner. Die großen Rüstungskonzerne in den USA, in Europa, Russland und eben auch in der BRD fahren Rekordaufträge ein und machen Rekordgewinne. So belaufen sich allein die Kosten für den Eurofighter auf mindestens 19,5 Milliarden Euro. Insgesamt sollen bis 2015 allein für die Bundeswehr Kriegsgerät im Wert von rund 150 Milliarden beschafft werden. Während täglich Menschen durch die Aktionen der Besatzungssoldaten sterben, brummt das Rüstungsgeschäft. Nicht nur in den USA oder Russland, sondern mehr und mehr auch in der EU. 2005 haben die Länder der Europäischen Union die USA als größten Waffenexporteur der Welt überholt.

Dass deutsche Waffen in aller Welt mitmorden, stimmt heute mehr als zu jedem anderen Zeitpunkt seit der Befreiung vom Faschismus.

Demonstration „Stoppt die Nato! Schluss mit dem Krieg gegen Jugoslawien“ am 27. März 1999 in Heidelberg. Zerstörtes Wohnhaus in Belgrad



westlichen Staatsmänner den verbrecherischen Charakter dieser einstigen Vasallen. Die USA führen diese Kriege, um ihre Weltmachtstellung zu behaupten und auszubauen. Hinter Krieg und Besatzung stehen immer wirtschaftliche und politische Ziele – nicht erst seit Bush.

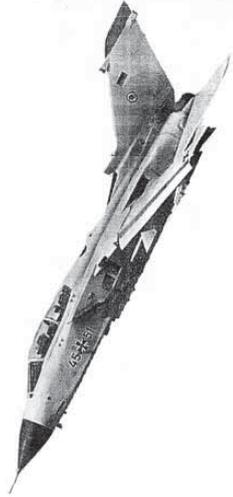
„Euroasien ist das Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft in Zukunft ausgetragen wird.“ (Zbigniew Brzezinski, Berater mehrerer US-Regierungen und des britisch/US-amerikanischen Ölmultis BP Amoco, aus: Die einzige Weltmacht)

EU und Deutschland verfolgen eigene Interessen

Die EU oder Russland bedienen sich ähnlicher Mittel. Russland führt seit Jahren einen brutalen Krieg in Tschetschenien und unterstützt reaktionäre und korrupte Regime in Zentralasien, um



**Öfter
mal
einen
runterholen!**



Bei der Berliner Anti-Irak-Kriegs-Demonstration vom 15. Februar 2003
an der sich weltweit über 15 Millionen Menschen beteiligten



G8 VERURSACHEN

ARMUT UND HUNGER

In den G8-Staaten ist die Wirtschaftsmacht der Welt konzentriert. Von den 200 größten Industriekonzernen der Welt kommen 171 aus den USA, Deutschland, Japan, Großbritannien, Frankreich, Italien und Kanada.



So müssen heute rund 1,4 Milliarden Menschen (etwa die Hälfte aller Lohnabhängigen) auf der Welt mit einem Tagesverdienst von weniger als zwei Dollar überleben.

Neoliberale Ordnung überall

Bei den G8-Treffen geht es neben dem gemeinsamen Interesse nach größtmöglicher Öffnung der Märkte der „Dritten Welt“ auch darum, die Konkurrenz untereinander zu „regulieren“.

Kein Wunder also, dass die Frage der Energieversorgung im Zentrum der Gipfel

Flüchtlingslager in Dschibuti (Afrika).
Landloser Bauer in einer asiatischen Großstadt



Wer das Geld hat, hat die Macht

Es sind die Konzerne aus diesen Ländern und anderen westlichen Staaten, die von der bestehenden kapitalistischen Weltwirtschaftsordnung profitieren.

Die G8 sind ein wichtiger Teil dieser Ordnung. Die Finanz- und Wirtschaftsminister aller Staaten außer Russland treffen sich zwischen den jährlichen Gipfeln, um das internationale Währungssystem einigermaßen stabil zu halten und ihre Wirtschaftsinteressen abzustimmen.

Außerdem beherrschen sie praktisch alle wichtigen Institutionen der Weltwirtschaft – den Internationalen Währungsfonds, die Welthandelsorganisation, die Weltbank und sämtliche regionale Entwicklungsbanken.

Profite aus der „Dritten Welt“

Der Reichtum des Westens speist sich grundsätzlich aus zwei Quellen – erstens aus der Ausbeutung der Lohnabhängigen in den großen Industrieländern, zweitens aus der Aneignung von Extraprofiten und dem nationalen Reichtum der „ärmeren“, von den westlichen Staaten beherrschten Länder.

So befindet sich ein immer größerer Teil der Wirtschaft der Länder der „Dritten Welt“ in den Händen westlicher Konzerne. Das betrifft sowohl die „boomenden“ Länder wie zum Beispiel China, wo mehr als ein Drittel aller Exporterlöse direkt an westliche Multis geht.

Noch mehr betrifft das die fast vollständig ausgebluteten Länder Afrikas, Lateinamerikas oder Asiens, wo mittlerweile ein großer Teil aller Rohstoffvorkommen und Dienstleistungen Monopolbesitz westlicher Konzerne sind.

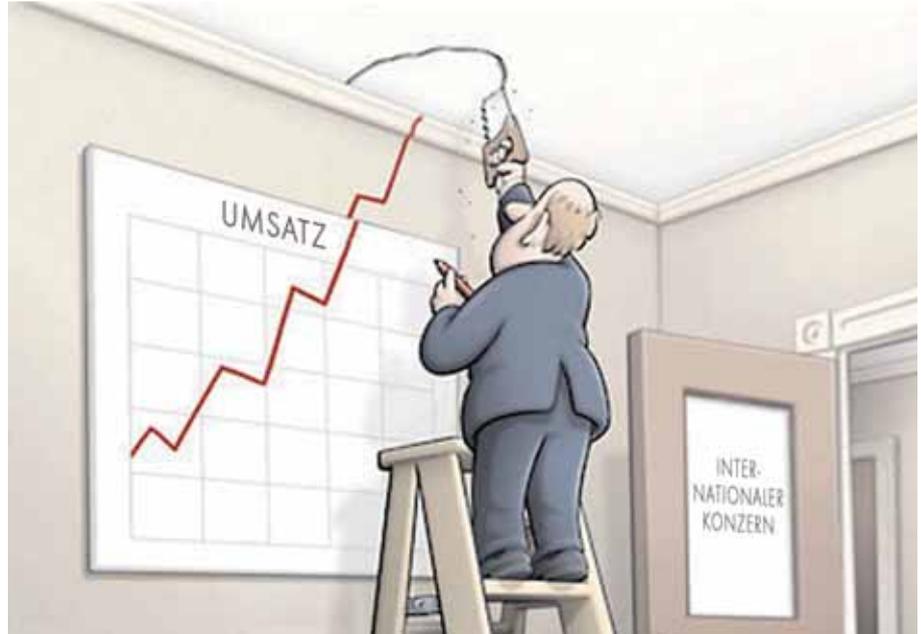
Diese Politik wird seit den 70er Jahren und der Schuldenkrise in den 80er Jahren systematisch betrieben durch Auflagen des Internationalen Währungsfonds und die Bedienung der fälligen Zinsen durch Übertragung öffentlichen Eigentums.

Für die Bevölkerung hat das dramatische Auswirkungen: Fehlen elementarer medizinischer und öffentlicher Versorgung, Zerstörung der traditionellen Lebensgrundlagen (zum Beispiel in der Landwirtschaft), Landflucht, Anwachsen der Slums ...

2006 und 2007 steht. Hier geht es nicht nur um die Sicherung der Öl- und Gasvorkommen im Nahen Osten. Es geht auch um den Einfluss auf russisches Öl (respektive Russlands Einfluss auf die Weltwirtschaft) oder die Interessen der deutschen und französischen Atomindustrie (Siemens, Framatom), die ihre beherrschende Weltmarktstellung sichern und ausbauen wollen.

Die G8 richten nicht nur die „Dritte Welt“ nach ihren Vorstellungen ein. Auch in den „eigenen“ Ländern sollen die Profite durch verschärfte Ausbeutung – Abschaffung von ArbeiterInnenrechten, weitere „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes – sowie die fast vollständige Privatisierung öffentlicher Leistungen in die Höhe getrieben werden.

Die 100 größten weltweit agierenden Konzerne haben ein Vermögen von rund 5 Billionen US-Dollar (zirka 5 200 000 000 000 Euro). Ihr Umsatz wuchs von 1990 bis 1999 um 37,9 Prozent. Durch Steuererleichterungen bekamen die Großunternehmen im Jahr 2001 in der Bundesrepublik 426 Millionen Euro Körperschaftssteuer zurückerstattet. 1990 bis 2000 sanken die direkten Steuern auf Vermögens- und Gewinneinkommen von knapp 10 auf 6,7 Prozent. Die durchschnittliche Lohnsteuerbelastung der Bruttolöhne und -gehälter stieg im selben Zeitraum von 16 auf über 19 Prozent.



PROFITE DES KAPITALS

AUF KOSTEN DER UMWELT

Weltweit sind Millionen Menschen von den Folgen der Zerstörung unserer Umwelt betroffen. So sind Konzerne, wie beispielsweise Shell in Nigeria verantwortlich für eine massive Umweltverschmutzung, was unter anderem die Zerstörung von Feldern, die Verunreinigung des Grundwassers und massive Gesundheitsprobleme hervorruft. Viele Menschen sind durch die rücksichtslose Politik von Konzernen und Regierungen gezwungen zu fliehen, da ihre Lebensgrundlage zerstört wird.

Klimawechsel

Ökologische Katastrophen sind nicht einfach Naturereignisse. Seit Jahren verändert sich das Weltklima rasch. In den letzten zehn Jahren wurden nahezu alle Temperaturrekorde gebrochen. Die Folgen sind eine Häufung von Sturm- und Flutkatastrophen. Die G8 und andere Industriestaaten geben vor, dass ihnen die Umwelt ein großes Anliegen wäre. Das ist reine Heuchelei!

Die großen Industriestaaten des Nordens sind nach wie vor die größten Umweltverschmutzer. Gleichzeitig zwingen sie Ländern der „Dritten Welt“ auf, ihre Umweltauflagen niedrig zu halten, damit das Kapital dort investiert.

Die USA haben bis heute nicht einmal das Kyoto-Protokoll zur Reduktion der Treibgasemissionen unterzeichnet.

Die Europäische Union und besonders Deutschland geben sie gern als ökologische Vorreiter. Auch das ist weit entfernt von der Wirklichkeit. Die mächtigen Energiekonzerne, wie E.ON oder Ruhrgas, machen genauso mit beim Kampf um einen möglichst günstigen Zugriff auf Gas und Öl.

Die Energiewirtschaft und die Kraftwerksbauer forcieren gleichzeitig den Atomstrom als „saubere“ Alternative, obwohl nach wie vor die Frage der Sicherheit wie jene der Endlagerung ungelöst ist.

Kein Wunder, dass die Energiewirtschaft und Konzerne wie Siemens auf einen Wiedereinstieg in den AKW-Bau drängen, um für den chinesischen und indischen Markt und die dort zu erzielenden Profite Vorzeigobjekte präsentieren zu können.

Gentechnik

Die Agrarindustrie wird zunehmend von einigen wenigen Konzernen wie Monsanto oder die deutsche Bayer AG beherrscht. Genetisch manipuliertes Saatgut wird patentiert. Die Bauern werden, hier und vor allem in der „Dritten Welt“ gezwungen, nunmehr dieses Saatgut (plus die Pestizide) von Bayer, Monsanto oder anderen zu kaufen. Damit werden Millionen landwirtschaftliche Produzenten in den Ruin getrieben. Gleichzeitig weiß niemand, welche genauen Folgen die großflächige Anwendung der Gentechnik auf den Boden, auf die Umwelt hat. Doch für die Profite der Konzerne werden ganze Landstriche und Millionen KonsumentInnen zu Versuchskaninchen. So wird

allein in Brasilien genetisch modifizierter Mais auf Feldern von der Größe Dänemarks angebaut.

Klar ist nur, dass die Gewinne der Konzerne ins Unermessliche steigen – die Zerstörung der Umwelt, die Ausrottung vieler Arten, die Auslaugung des Bodens müssen die Armen und die KonsumentInnen bezahlen.

Auf welcher Seite die G8 stehen, ist auch klar. Die Frage der „Patentierung“ unter anderem von Genen und die polizeiliche Durchsetzung dieses Rechts stehen im Zentrum der beiden nächsten Gipfel.

Enteignung von Grundversorgung

Die Zerstörung der Umwelt und der Lebensbedingungen sind auch ein direktes Resultat von Liberalisierung und Privatisierung. So verlieren Millionen und Abermillionen ihre Existenz in der Landwirtschaft aufgrund der zunehmenden Monopolisierung der Agrarindustrie oder aufgrund der Zerstörung des Bodens durch diese.

Gleichzeitig wird in den Städten und auf dem Land die Grundversorgung der Menschen privatisiert. Wasser, Müllentsorgung, Strom usw. sind für viele in den Slums der „Dritten Welt“ (aber mittlerweile auch in Europa) nicht mehr erschwinglich.

Das Heilmittel der G8? Weitere Privatisierung!

Hinter diesen menschlichen und ökologischen Katastrophen steht ein System. Vor fast 150 Jahren hat schon Karl Marx bemerkt: „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und die Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie die Springquellen des Reichtums untergräbt: die Erde und die Arbeiter.“

Für dieses kapitalistische System der Zerstörung von Mensch und Natur stehen die G8. Es ist dieses System, das verhindert, dass die Technik und die Produktivkräfte vernünftig, zur Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen eingesetzt werden.

In Karnataka (Indien) verbrennen Bauern genetisch veränderte Pflanzen





Der Ölkonzern Shell ist in Nigeria verantwortlich für Umweltzerstörung und die Ermordung von AktivistInnen.

Demonstration in Cherbourg (Frankreich) im April 2006 gegen den Bau eines Atomkraftwerkes und in Gedenken an Tschernobyl.



WIDERSTAND

GEGEN DIE G8 WELTWEIT

Weltweit regt sich an allen Ecken der Widerstand gegen Ausbeutung, Unterdrückung und gegen die Herrschaft des Kapitals. Dazu zeigen wir einige Ausschnitte verschiedener Kämpfe in unterschiedlichen Regionen.



Demonstration gegen den G8-Gipfel in Evian am 1. Juni 2003

Gipfelproteste in Europa und Nordamerika

Seit der WTO-Ministerkonferenz 1999 in Seattle sind die Gipfelproteste so richtig bekannt geworden. Damals wurde durch zahlreiche Demonstrationen, Straßenblockaden und Straßenschlachten die Eröffnungsveranstaltung des WTO-Gipfels gesprengt. Ein breites Bündnis aus Gewerkschaftlern, Autonomen, Tierrechtlern und vielen anderen hatte sich zusammengefunden. Es folgten eine Reihe weiterer Proteste und Gegengipfel bei internationalen Großereignissen: Das Treffen des IWF in Prag musste auf Grund der Krawalle abgebrochen werden und auch der auf Grund der Sicherheitslage von Barcelona nach Washington DC verlegte Weltbankgipfel wurde von starken Protesten begleitet. Die Repression gegenüber den DemonstrantInnen wurde größer und so kam es beim EU-Gipfel in Göteborg zu mehreren scharfen Schüssen gegen DemonstrantInnen. Ein paar Monate später gab es beim G8-Gipfel in Genua mit Carlo Giuliani den ersten Toten. Die italienische Polizei griff gegen die Globalisierungskritiker insgesamt äußerst brutal durch. Seitdem gab es noch viel andere Gipfel welche mit Massendemonstrationen, Blockaden und Straßenschlachten begleitet wurden, wie zum Beispiel gegen den G8 im französischen Evian oder dem schottischen Gleneagels. Nächstes Jahr werden wir unserem Protest gegen den G8 Gipfel in Heiligendamm durch phantasievolle und militante Aktionen Ausdruck verleihen.

Lateinamerika und der Kampf um die Unabhängigkeit

In den letzten Jahren gab es in vielen lateinamerikanischen Ländern Proteste und Aufstände gegen die Ausplünderung der Naturressourcen durch multinationale Konzerne und gegen die Privatisierungen und weiteren Liberalisierungen. Im Zentrum des Widerstands steht der Kampf

gegen die von den USA geplante Freihandelszone ALCA.

In Bolivien wurde der Widerstand der Bevölkerung, nach mehr als zwanzig Jahren neoliberaler Politik und Strukturanpassungsprogrammen des IWF, so groß, dass zwei Präsidenten ihren Hut nehmen mussten. Unter den neoliberalen Präsidenten, wie Gonzalo Sanchez de Lozada wurde der Reichtum des Landes, wie die Erdgasreserven, an transnationale Konzerne, wie zum Beispiel Repsol und Total ausgehändigt. Gegen diesen Ausverkauf der Naturressourcen und die Privatisierung öffentlicher Güter wuchs der Protest immer weiter an. Im April 2000 verhinderten die EinwohnerInnen von Cochabamba durch massive Proteste die Privatisierung der Wasserversorgung. 2003 kam es zu massiven Straßenblockaden, die ganze Landesteile lahm legten. Die brutale Repression forderte mehr als 80 Tote, aber es wurde erreicht, dass der verhasste Präsident Gonzalo Sanchez de Lozada in die USA, nach Miami fliehen musste.

Seit Januar 2006 ist die MAS (Movimiento al Socialismo) an der Regierung. Evo Morales der erste indigene Präsident Boliviens verstaatlichte

am 1. Mai die Erdgas und Erdölreserven. Außerdem ist er zusammen mit Hugo Chávez und Fidel Castro in einem Bündnis (ALBA, Boliviarische Alternative für Amerika) das Alternativen zum Neoliberalismus und der Dominanz transnationaler Konzerne darstellt.

Arbeiterkämpfe in der asiatischen Textilindustrie

In der ganzen Welt werden die Arbeitsbedingungen verschlechtert, die Löhne gedrückt, die Arbeitszeit erhöht und es kommt zu Massenentlassungen um die Profite der multinationalen Konzerne zu steigern. Wo die Produktion zu teuer ist, wird sie in billigere Gefilde ausgelagert. Die europäischen und nordamerikanischen Textilkonzerne welche für ihren eigenen Markt produzieren, haben große Teile ihre Produktion nach Südostasien verlegt. Dort sind fast überall die Arbeitsbedingungen unmenschlich, die Löhne liegen unter einem Dollar und die Arbeitszeit bei über 60 Stunden in der Woche. Aber gegen diese Situation kämpfen die Gewerkschaften, trotz der gewaltsamen Repression seitens des Staates und der Unternehmer. Auch in Bangladesch eines der ärmsten Länder der Welt tummeln sich die Textilkonzerne wie zum Beispiel KarstadtQuelle oder Wal-Mart

Nachdem bei einem Streik in Bangladesch ein Arbeiter durch die Polizei ermordet wurde kam es zu einem landesweiten Aufstand, wo über hundert Textilfabriken von den ArbeiterInnen angegriffen, geplündert und angezündet wurden. Die meisten von ihnen waren nur mit Stöcken und Arbeitsgerät bewaffnet. Aufgrund der Proteste und Streiks zwangen die Gewerkschaften die Unternehmer an den Verhandlungstisch und die Behörden und die Arbeitgeberverbände mussten versprechen, den ArbeiterInnen die Organisation in Gewerkschaften zu ermöglichen. Auch in vielen anderen asiatischen Ländern verstärken sich die Kämpfe gegen die miserablen Arbeitsbedingungen.

Demo gegen die WTO-Ministerkonferenz in Cancún (Mexiko) am 13. September 2003





Jedes Jahr
gibt es in Berlin über
10.000 Zwangsräumungen

ab dem 1. Juli 2005
droht 70.000 Hartz IV
oder Alg II
BezieherInnen der
Zwangsumzug

STOPPT ZWANGSRÄUMUNGEN!

Am 2. Juni 2005 brannten in Berlin-Lichtenberg zwei LKW der Fa. Roggan, die sich an Zwangsräumungen beteiligte

KEIN BOMBODROM –

NICHT HIER UND NIRGENDWO!

Seit 1992 verhindert der Widerstand in der „Freien Heide“ die Inbetriebnahme des ehemaligen sowjetischen Bombodroms durch die Bundeswehr. Das 80 Kilometer nördlich von Berlin gelegene Gelände wäre mit 142 Quadratkilometern der größte Luft-Boden-Schießplatz Europas.

Die Bundeswehr marschiert

Die Bundeswehr wird zu einer Interventions- und Angriffsarmee umgebaut. Zentrales Element der modernen Kriegsführung sind Bombenangriffe aus großer Höhe wie in Jugoslawien, Afghanistan und Irak. Sie sollen auf dem Bombodrom bei Wittstock, dem größten Luft-Boden-Schießplatz Europas, trainiert werden. Damit werden Kriegshandlungen zur militärischen Durchsetzung von machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen in der ganzen Welt vorbereitet. Europa wird Weltmacht und seine Gesellschaft Schritt für Schritt militarisiert. Der ehemalige „Verteidigungs“-minister Peter Struck hat im Juli 2003 entschieden, das Gelände der Kyritz-Wittstock-Ruppiner Heide erneut als Bombenabwurfplatz zu missbrauchen. Das Gebiet wurde bereits von 1950 bis 1990 als Bombenabwurfplatz der sowjetischen Armee verwendet.

Die Bundeswehr will an 200 Tagen im Jahr Bomben abwerfen. Vom Militärflugplatz in Rostock-Laage werden die Tornados und die Eurofighter zu Abwurf- und Übungsflügen in die Heide fliegen.

Luftwaffenverbände der Nato und der zukünftigen EU-Eingreiftruppen sollen hier ihre weltweiten Interventionseinsätze proben. Im Unterschied zu anderen deutschen Übungsplätzen könnten hier alle Arten von Einsätzen geübt werden: Abwürfe mit zielsuchenden Bomben aus bis zu 4000 Meter Höhe, Manöver mit Luftabwehrkräften und Bodentruppen, Atombombenabwürfe, Einsätze der Uranmunition verschießenden A10 und andere.

Auftakt zur Kampagne „Bomben nein – wir gehen rein“ gegen Europas größten Bombenabwurfplatz



Kleiner Abschiedsgruß vom Aktionscamp 2004 für eine Freie Heide

Der Übungsplatz passt genau in das Konzept der Bundeswehr, in größerem Umfang als bisher, internationale militärische Übungen, so genannte Hochwertübungen, in Deutschland durchzuführen. Die Bundesregierung hat ein zentrales politisches Interesse an der Einrichtung dieses Truppenübungsplatzes, da sie durch ihn ihre militärische Rolle bei „Missionen“ verstärken kann.

Die ersten, die darunter zu leiden haben, sind die Menschen aus der Region. Bereits 40 Jahre lang wurde die Bevölkerung durch extremen Lärm, Detonationen und die Verseuchung der Umwelt

massiv beeinträchtigt. Aber katastrophaler wird es die Menschen treffen, auf welche die Bomben fallen, die hier übungsweise geworfen werden.

Breiter Widerstand ist nötig

Der Widerstand und Protest der letzten zehn Jahre wurde von großen Teilen der einheimischen Bevölkerung und Freunden aus vielen anderen Regionen getragen. Er war für den Erfolg der Klagen von Landkreis und Gemeinden in zwei Instanzen auf Untersagung der militärischen Nutzung verantwortlich

Was bleibt zu tun, wenn der Verteidigungsminister wieder einmal „sofortigen Vollzug“ anordnet? Seit dem Sommer 2004 unterzeichneten mehr als 1200 Personen eine Erklärung, mit der sie sich verpflichten, weiteren Widerstand zu leisten, wenn die militärischen Übungen beginnen. („Bomben Nein wir gehen rein“) Die meisten UnterzeichnerInnen leben in der Region, sie brauchen aber die Unterstützung aus dem gesamten Land, dessen Wohl und Wehe auch hier geschmiedet wird. Die Erklärung haben die TeilnehmerInnen der Sommeraktionstage 2004 initiiert. Die Liste der Namen und Wohnorte der bisherigen Unterzeichnerinnen und Unterzeichner ist in der lokalen Presse und auch im Internet (www.freieheide-nb.de/heideneu/resistnow/bombennein.html) veröffentlicht worden. Wir rufen hiermit auch auf zu Spenden für diese Kampagne, da die ersten Prozesskostenhilfen nötig geworden sind. Solidarische Hilfe macht Risiken erträglich. Ziel der Kampagne ist und bleibt es, gut vorbereitet zu sein, falls das Bombodrom doch legalisiert wird und die militärische Nutzung beginnt.

UnterzeichnerInnen der Erklärung „Bomben
nein – wir gehen rein“ am 25. Juli 2004



Während des Aktionscamps 2003: Ehemaliger
Tower auf dem Bombodrom-Gelände